



N i e d e r s c h r i f t

über die 13. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der
Wahlperiode 2019/2023 am 29.06.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:30 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

Frau Stadtverordnete Reimelt

Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete von Twistern

Herr Stadtverordneter Ventzke

B 90 / DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Coordes

Frau Stadtverordnete Fensak, MdBB

BIW

Frau Stadtverordnete Tiedemann

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Schröder

Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

Schritfführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Raether Amt 14
Herr Jochim, BIT
Frau Busch-Cole, BIT

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Feuerwehr:

Personalrat Ortschaftsbehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Personalrat Schulen:

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Herr Kieck

Herr Rosenbohm

Frau Filter-Stürcken

Herr Dreimann

Herr Wagner

Frau Rinas

Frau Suhr

Frau Lentz

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Grantz, begrüßt alle Anwesenden und informiert über die für die heutige Sitzung entschuldigten Mitglieder.

Herr Grantz weist darauf hin, dass der Fraktionsvorsitzende von BÜRGER IN WUT, Herr Timke, heute zusätzlich zu dem Ausschussmitglied Frau Tiedemann an der Sitzung teilnimmt.

Außerdem begrüßt der Ausschussvorsitzende in der heutigen Sitzung den neuen technischen Betriebsleiter des Wirtschaftsbetriebes BIT Herrn Lars Jochim. Die Leitung des Wirtschaftsbetriebes BIT besteht damit aus Frau Busch-Cole und Herrn Jochim.

Herr Grantz stellt fest, dass die Einladung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

- 2.1. Genehmigung der Niederschrift der 12. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 16.03.2022** **17/2022**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig in der vorgelegten Fassung.

- 2.2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 22.03.2022** **18/2022**

Der Ausschuss genehmigt mit zwei Enthaltungen (Frau Reimelt und Frau von Twistern) die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

41/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

Herr Jürgewitz erklärt, dass dieser Ausschuss in den letzten Sitzungen diverse Stellen beschlossen habe: Im Dezember 2021 rund 150 Stellen, in der Sitzung am 16.03.2022 ca. 30 Stellen und in der heutigen Sitzung sollen 108 Stellen bewilligt werden. Nach seiner Meinung ist die Schaffung neuer Stellen nicht erforderlich, da die Arbeit von den derzeitigen Beschäftigten geleistet werden könne. Falls dies erforderlich sei, könnte der Magistrat auch Überstunden anordnen, damit die Arbeit erledigt werde. Die Haushaltslage der Stadt lasse die Stellenschaffungen nicht zu. Herr Jürgewitz kündigt an, dass er daher gegen die meisten Vorlagen stimmen oder sich enthalten werde. Herr Grantz erläutert, dass einige der Stellen geschaffen wurden, da der Stadt Aufgaben von Dritten übertragen worden seien, die zu Mehrarbeit führten und für die neues Personal notwendig gewesen sei. In einigen dieser Fälle werden die Personalkosten teilweise erstattet. Herr Freemann, Frau Kirschstein-Klingner und Frau von Twistern widersprechen Herrn Jürgewitz entschieden und betonen u. a. dass in der heutigen Sitzung viele Beschlüsse z. B. zur Entfristung bereits bestehender Stellen gefasst werden sollen bzw. Herr Jürgewitz nicht sehe, dass es viele neue Aufgaben gebe, die durch das vorhandene Personal nicht erfüllt werden können.

4.1. Anerkennung unbefristeter Bedarfe für das Schulamt zur Übernahme der Beschäftigten des Arbeiter-Samariter-Bundes e.V.

20/2022

Vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung durch den Ausschuss für Schule und Kultur beschließt der Personal- und Organisationsausschuss mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) für das Schulamt die Anerkennung von 17,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Kinderpfleger:innen, Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA) sowie eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung Haushalt und Schulbetriebs (Sachbearbeitung, Besoldungsgruppe A 10 BremBesO bzw. Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

4.2. Anerkennung von 3,6 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung "Kinderförderung" des Amtes für Jugend, Familie und Frauen

19/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch Drittmittel, 3,6 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für erzieherisches Personal (Entgeltgruppe S 3 - S 8a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Zum Stellenplan 2024/2025 sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

- 4.3. Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Schulverpflegung in Bremerhavener Ganztagschulen (GTS) 24/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses für Schule und Kultur am 23.06.2022, die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfs für die Schulverpflegung in den Bremerhavener Ganztagschulen (Entgeltgruppe 1 bis 3 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Schulamt, befristet bis zum 31.12.2023.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.4. Entfristung von 55,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfen im Bereich des nicht unterrichtenden pädagogischen Personals 22/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann), vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses für Schule und Kultur am 23.06.2022, die Entfristung von 55,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfen im Bereich des nicht unterrichtenden pädagogischen Personals (Entgeltgruppe S 4 / S 8a TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.5. Anerkennung von 4,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für erzieherisches Personal in der Verlässlichen Grundschule (VGS) und der Ganztagschule (GTS) 23/2022**

Frau Tiedemann erklärt, dass eine unbefristete Schaffung der Stellen nicht erforderlich sei und spricht sich für die Befristung der Stellen aus.

Daher stellt sie den Antrag, den Beschlussvorschlag zu ändern und die Stellen zu befristen. Herr Jürgewitz schließt sich dem Antrag an.

Zunächst lässt Herr Grantz den Ausschuss über den Antrag von Frau Tiedemann und Herrn Jürgewitz abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann.

Danach stimmen die Ausschussmitglieder über den ursprünglichen Beschlussvorschlag ab:

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann), vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses für Schule und Kultur am 23.06.2022, die Anerkennung von 4,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für erzieherisches Personal in der Verlässlichen Grundschule sowie der Ganztagschule (Entgeltgruppe S 4 / S 8a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Schulamt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.6. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Haushalt und Schulbetrieb im Schulamt 25/2022**

Frau Tiedemann beantragt die Befristung der Stelle. Herr Jürgewitz schließt sich dem Antrag an

Zunächst lässt Herr Grantz den Ausschuss über den Antrag von Frau Tiedemann und Herrn Jürgewitz abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann.

Danach stimmen die Ausschussmitglieder über den ursprünglichen Beschlussvorschlag ab:

Vorbehaltlich des Beschlusses für Schule und Kultur beschließt der Personal- und Organisationsausschuss mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) für die Abteilung Haushalt und Schulbetrieb im Schulamt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.7. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Aufsuchende Beratung mit dem Schwerpunkt junge Geflüchtete in der Jugendberufsagentur des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik** **27/2022**

Frau Tiedemann beantragt die Befristung der Stelle.

Zunächst lässt Herr Grantz den Ausschuss über den Antrag von Frau Tiedemann abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmt Frau Tiedemann. Herr Jürgewitz enthält sich.

Danach stimmen die Ausschussmitglieder über den ursprünglichen Beschlussvorschlag ab:

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann), vorbehaltlich des Beschlusses der Vorlage Nr. I-A 3/2022 durch den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung am 08.06.2022, die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Aufsuchenden Beratung mit dem Schwerpunkt junge Geflüchtete in der Jugendberufsagentur (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Antrag zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 83

- 4.8. Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Projektkoordination „Perspektive Arbeit für Bremerhaven“ (PAB)** **28/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) befristet für die Dauer von zwei Jahren für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung des Programms „Perspektive Arbeit für Bremerhaven“.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 83

4.9. Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Tagesschule über das Helene-Kaisen-Haus 30/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Magistratsbeschluss Nr. 436 IV/18/2022 vom 18.05.2022 zur Kenntnis und beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) einen 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Sozialarbeiter:in/Sozialpädagog:in, Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA) für das Helene-Kaisen-Haus für die Tagesschule, befristet bis zum 31.12.2023.

Aufgrund des durchgängig bestehenden Personalbedarfs in den Bereichen Sozialpädagogik, erfolgt die Stellenbesetzung unbefristet. Nach Auslaufen der befristeten Maßnahme kann die eingestellte Person auf eine vorhandene Planstelle im Bereich des Schulamtes gesetzt werden.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51, Wirtschaftsbetrieb Helene-Kaisen-Haus

4.10. Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Projektleitung des „Hafentunnels“ 31/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) und einer Enthaltung (Frau Tiedemann), vorbehaltlich der Zustimmung des Bau- und Umweltausschusses und dem Vorliegen der Bewilligung der Kostenübernahme der Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten für den Ausbau der Cherbourger Straße / Hafenanbindung „Hafentunnel“ seitens der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die Verlängerung des 1,0 anerkannten Bedarfes für die Projektleitung des „Hafentunnels“ (Entgeltgruppe 14 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) bis zum 31.12.2024.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 66

4.11. Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Feuerwehr 29/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, die Anerkennung eines 1,0 befristet überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für den Zeitraum 01.11.2022 bis 30.11.2022 zur Einarbeitung der neuen Stelleninhaberin/des neuen Stelleninhabers im Sachbereich „Kosten- und Leistungsrechnung“ im Fachbereich „Kaufmännische Organisation und Wirtschaftsbetrieb“ der Feuerwehr Bremerhaven.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 37

4.12. Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes im Bereich Trägerübergreifender begleitender Fachdienst für Schwerpunkteinrichtungen 32/2022

Vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen beschließt der Personal- und Organisationsausschuss mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) und einer Enthaltung (Frau Tiedemann) die Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9 a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für den Trägerübergreifenden fachbegleitenden Fachdienst.

Zum Haushalt 2024/25 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

- 4.13. Bewilligung eines 1,0 üpl. anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes 38/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) zur Einarbeitung in den Aufgabenbereich der DV-Anwendungsbetreuung einen 1,0 üpl. anerkannten Bedarf (EG 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet bis zum Ausscheiden des Stelleninhabers der Planstelle 20 021, längstens bis zum 30.06.2023, für das Bürger- und Ordnungsamt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 91

- 4.14. Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien 39/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich des Beschlusses des Immobilienausschusses, die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet für die Dauer von sechs Monaten für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien zur Einarbeitung in die Sachbearbeitung „Kaufmännisches Immobilienwesen“.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien

- 4.15. Bewilligung eines unbefristeten 0,5 üpl. anerkannten Bedarfes für die Abteilung "Aus und Fortbildung, soziale Angelegenheiten" des Personalamtes 36/2022**

Frau Tiedemann beantragt die Befristung der Stelle. Herr Jürgewitz schließt sich dem Antrag an

Zunächst lässt Herr Grantz den Ausschuss über den Antrag von Frau Tiedemann und Herrn Jürgewitz abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann.

Danach stimmen die Ausschussmitglieder über den ursprünglichen Beschlussvorschlag ab:

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) für die Abteilung „Aus- und Fortbildung, soziale Angelegenheiten“ des Personalamtes einen unbefristeten 0,25 üpl. anerkannten Bedarf der EG 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA) sowie einen unbefristeten 0,25 üpl. anerkannten Bedarf der EG 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA).

Zum Stellenplan 2024/2025 sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 11/4

- 4.16. Haushaltsabschluss 2021 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus 34/2022**

und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1)

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Teilhaushalte des Ausschussbereiches 1 „Allgemeine Verwaltung“ zum Ende des Haushaltsjahres 2021 insgesamt mit einem positiven Saldo in Höhe von +2.766.339,78 €, wie unter B Lösung dargestellt, abgeschlossen haben. Die Mittel stehen im Zuge des Gesamt-Haushaltsabschlusses zur Verfügung.

Auszüge: Amt 11/1, Amt 20

- 4.17. Bewilligung eines 1,0 üpl. anerkannten Bedarfs zur Einarbeitung einer Sachbearbeitung "Personalangelegenheiten der Lehrkräfte" für die Beamtenabteilung des Personalamtes 35/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) für die Beamtenabteilung des Personalamtes einen 1,0 üpl. anerkannten Bedarf, befristet für die Dauer eines Monats ab dem 01.09.2022, zur Einarbeitung in die Sachbearbeitung der Personalangelegenheiten der Lehrkräfte.

Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/7

- 4.18. Bewilligung eines 0,2 üpl. anerkannten Bedarfs für die Innenrevision des Personalamtes 37/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) und einer Enthaltung (Frau Tiedemann) für die Innenrevision des Personalamtes einen unbefristeten 0,2 üpl. anerkannten Bedarf (EG 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Zum Stellenplan 2024/2025 ist beabsichtigt, einen entsprechenden Stellenplanantrag zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7

- 4.19. Personelle Verstärkung der Pressestelle des Magistrats 40/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) zur personellen Verstärkung der Pressestelle des Magistrats die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes mit einer vorläufigen Bewertung nach EG 12 TVöD Entgeltordnung/VKA. Zum Stellenplan 2024/2025 ist eine entsprechende Planstelle zu beantragen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, MK

- 4.20. Anerkennung von 12,0 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen hier: Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien für die Kindertagesbetreuung 42/2022**

Sofern zum 01.08.2022 im Bereich der städtischen Kindertagesstätten alle Stellen besetzt werden können, entsteht für diese Maßnahme ein überplanmäßig anzuerkennender Bedarf von maximal 12 Stellen für pädagogische Fachkräfte

(Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Dauer der Maßnahme von 15 Monaten. Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) und einer Enthaltung (Frau Tiedemann) für diesen Fall, vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 12.07.2022, bis zu 12,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für pädagogische Fachkräfte (Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen im Rahmen des Programms für die Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien befristet für die Dauer von 15 Monaten ab Einstellung.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

5. Anträge

Keine

6. Anfragen

Keine

7. Mitteilungen

Keine

8. Verschiedenes

Herr Grantz weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass vor Sitzungsbeginn eine Aufstellung mit den Sitzungsterminen des Ausschusses für die erste Hälfte des Jahres 2023 bis zur Wahl verteilt wurde:

Sitzung

21.02.2023 (Dienstag)
02.05.2023 (Dienstag)

Beginn

16:00 Uhr
16:00 Uhr

Der Sitzungsort wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Termine für die 3. und 4. Sitzung (2. Halbjahr) werden im Nachgang zu der am 14.05.2023 stattfindenden Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und der damit im Zusammenhang stehenden konstituierenden Sitzung bekanntgegeben.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Adomeit
Schriftführer